

## Apropos: «Das eigentlich radikale Böse»

Werden wir richtig informiert? 1. April 2004: Ein paar Minuten Pause werden genutzt zur Information übers (weltpolitische) Geschehen. Einstieg ins Internet, Hängenbleiben beim (oft gut informierten) *Spiegel*: Einwohner der irakischen Stadt Falludscha haben die Leichen von vier getöteten Amerikanern verstümmelt. Zwei der Toten wurden auf einer Brücke über den Euphrat aufgehängt. Dabei seien das «nicht mal Soldaten, sondern zivile Arbeiter»<sup>1</sup> gewesen. Das Geschehen wäre auch per Bild zu betrachten, auf dem Video «Der Überfall auf US-Zivilisten».

*Gedacht*: Ganz schön brutal, diese Iraker: Jetzt schlachten sie schon Zivilisten ab, verstümmeln die Leichen (wo bleibt der Islam?) und schleppen sie durch die Straßen – wie 1993 in Somalia –; was damals dazu führte, dass US-Präsident Clinton die amerikanischen Truppen abzog.

### Private Söldner

Am nächsten Tag in der *Neuen Zürcher Zeitung* gelesen: «Die vier Amerikaner waren (...) in ihren zwei Fahrzeugen mitten in Falludscha von maskierten Männern überfallen und erschossen worden. Dann riss eine aufgebrauchte Menge in abscheulicher Art die Leichen aus den Wagen, verbrannte sie und hackte sie zum Teil in Stücke. Zwei der verkohlten Leichen wurden an Autos gehängt, durch die Straßen geschleift und am Eisengerüst der Euphrat-Brücke aufgehängt. (...) Das alles spielte sich am hellichten Tag und vor laufenden Fernsehkameras ab». Soweit ist die Schilderung noch brutaler, aber auch präziser.

Dann aber folgt eine interessante Deutung dieses Geschehens: «Dieser Ausbruch bestialischer Feindschaft erfolgte nicht ganz so unvermittelt, wie es viele Beschreibungen des Überfalls suggerierten. (...) Die vier Opfer arbeiteten für die Gesellschaft Blackwater Security, eine der größten im Irak tätigen amerikanischen Sicherheitsfirmen. Die schwer bewaffneten ausländischen Leibwächter sind bei allen Irakern berüchtigt. Sie bewegen sich, Söldnern nicht unähnlich, in Geländewagen mit getönten Scheiben und verdienen, wie man in der Presse lesen kann, bei schwierigen Aufträgen Tausende von Dollars pro Tag. Der Sold eines irakischen Polizisten liegt indes deutlich unter 100 Dollar im Monat. Die zwei in Falludscha überfallenen Fahrzeuge entsprechen genau diesem Erscheinungsbild, was den Anlass für den Feuerüberfall der Widerstandskämpfer geliefert haben dürfte. Der Mob hielt die Toten dann wahrscheinlich

für Angehörige der Special Forces in Zivil oder für Geheimagenten»<sup>2</sup>. Wichtig ist auch noch diese Information: «Die Stimmung unter der Bevölkerung Falludschas ist schon ein Jahr lang, seit dem zweiten Tag der Besetzung, stark antiamerikanisch, weil die amerikanischen Truppen damals auf eine Massenkundgebung geschossen und 17 Personen getötet hatten.»

Bei dieser Lektüre *gedacht*: Das klingt ganz anders als im *Spiegel Online*: Die «Zivilisten» waren Paramilitärs, private Söldner, auf die die einheimische Bevölkerung offenbar allergisch reagiert. Das entschuldigt nichts, macht aber das Vorgefallene verständlicher als die erste Meldung.

### 25% der Aufbauhilfe für privates Militär?

Nach dem scharfen Tadel in der Mai-Kolumne gebührt der «alten Tante» (wie die NZZ bei Insidern gewöhnlich heißt) von der Zürcher Falkenstraße (225. Jahrgang!) für diese präzise Information ein großes Lob! (Das Beispiel bestätigt eine alte Erfahrung: Bei den heutigen Medien hängt die Qualität in der Regel weniger von der ideologischen Ausrichtung als vielmehr von der einzelnen Persönlichkeit ab.) Allerdings muss betont werden, dass auch die anderen Medien – teilweise im zweiten Anlauf – den Sachverhalt (mehr oder weniger deutlich) richtig und verständlich darstellten.

Auch der *Spiegel* schob einen Artikel nach: «Opfer von Falludscha waren Paramilitärs»<sup>3</sup>, in dem auch gleich die im Irak boomenden privaten militärischen Dienste als solche thematisiert werden: «Auf ihrer Internetseite präsentiert die Firma Blackwater stolz Luftaufnahmen ihres Trainingscamps: Eine 6000 Hektar große Anlage, umgeben von Wald. Bereits 25000 Menschen habe man ausgebildet für Missionen der heiklen Art. (...) In der Sonnenbrille eines Kämpfers spiegelt sich die Weltkarte. «Zur Unterstützung von Freiheit und Demokratie – überall» steht neben dem Foto.» Diese Paramilitärs werden immer lauter kritisiert: Mangelnde Qualität und mangelnde Professionalität wird ihnen vorgeworfen – z.B. von Philipp Mitchell vom «International Institute for Strategic Studies» in London. Diese Kritik hält aber die Streitkräfte der USA und von Großbritannien nicht davon ab, «Zehntausende solcher privaten Soldaten im Irak anzuheuern», die Privatarmeen stellen damit «die zweitgrößte Truppe, noch vor den Briten mit 8700 Mann». Die Firma Blackwater, die auch für die Sicherheit des US-Chefverwalters Paul Bremer verantwortlich ist, schätzt, dass «bis zu 25 Prozent der Ausga-

ben aus dem Budget des «Program Management Office», das die 18,6 Milliarden US-Dollar schwere amerikanische Aufbauhilfe verwaltet, an private Militärdienste fließen».

Ausführlich mit diesem «Privatisierten Krieg» beschäftigte sich auch die in Zürich erscheinende WOZ<sup>4</sup>. «Zivilisten», wie sie in Falludscha umgekommen sind, werden von der *New York Times* wie schwer bewaffnete Nachtclub-Türsteher beschrieben: «Über ihre muskulösen Oberkörper spannen sich schuss sichere Westen, in deren Kragen die Kabel von Walkie-Talkie-Ohrhörern verschwinden. Sie sind meist zwischen dreißig- und vierzigjährig, haben Kürzesthaarschnitte, tragen eng anliegende Sonnenbrillen und, wichtigstes Attribut, halbautomatische Waffen». Der britische *Economist* freute sich, dass britische Firmen wenigstens in der Sicherheitsbranche des Nachkriegs-Irak einen wichtigen Platz einnehmen – wenn schon die meisten Aufträge für den Wiederaufbau in die USA gehen. «Laut dem Direktor der britischen Sicherheitsfirma Janusian schneiden sich die Briten eine Milliarde Pfund Sterling (über zwei Milliarden Franken) von diesem einträglichen Geschäft ab.» Britische Firmen ziehen auch bewährte Kräfte aus «Drittationen» zu, insbesondere nepalesische Gurkhas und Fidschianer. Diese bunt zusammengewürfelten Truppen führen «zu einem größeren und weniger kontrollierbaren Waffenwirrwarr als seinerzeit im libanesischen Bürgerkrieg, was gleichzeitig den weiteren Boom des Geschäfts sichert». Solch privatisierter Krieg führt aber auch zu grundsätzlichen Problemen. Söldner sind nur ihrem Geldgeber gegenüber verantwortlich. Ihre Loyalität ist zudem brüchig, wie der «haitianische Präsident Jean-Bertrand Aristide jüngst schmerzlich erfahren musste: Sein Palast wurde von der kalifornischen Steele Foundation bewacht – trotzdem kam in einer Nacht «jemand» und verfrachtete Aristide in ein mysteriöses Flugzeug mit unbekannter Destination. Wer hat da wessen Befehle befolgt?»

### Was Rudolf Steiner sagte

In den Kolumnen seit Februar wurde bis in die Einzelheiten gezeigt, dass der amerikanische «Kriegspräsident» – wie er sich selbst nennt – George W. Bush und auch sein «Schoßhündchen» – wie ihn britische Irakkriegsgegner schimpfen – Tony Blair, englischer Premierminister, mit der Wahrheit – vornehm ausgedrückt – auf Kriegsfuß stehen. So sind die Begründungen für den Irakkrieg offensichtlich nicht stichhaltig, sondern vorgeschoben. Sind solche Feststellungen «anti-amerikanisch», wie von gewisser Seite behauptet wird? Dieser Frage wurde in der Mai-Kolumne nachgegangen. Es

wurde auch gezeigt, dass schon Rudolf Steiner auf den Beginn der «anglo-amerikanischen Weltherrschaft» hingewiesen hat.

In einem Vortrag vom Juli 1918<sup>5</sup> verwendet Rudolf Steiner den Begriff «Amerikanismus» anders, als er in der Mai-Kolumne gebraucht wurde. Er stellt «zwei Gegenpole» einander gegenüber: «deutscher Goetheanismus» und «Amerikanismus» – mit der Bemerkung, dass wir das einsehen würden, wenn «wir nicht selbst so viel Philistertum, so viel Amerikanismus in uns haben» würden. Da müsse man sich «jeden Chauvinismus abgewöhnen» und «nur auf das Objektive sehen». Man müsse auch «von jeder Verhimmelung des Amerikanismus, dem wir uns ja auch hinlänglich hingeeben haben», wegkommen. Als das «charakteristische Element im Amerikanismus» bezeichnet Steiner «die Furcht vor dem Geistigen». Wir müssten einsehen, dass «in den gegenwärtigen katastrophalen Ereignissen das amerikanische Element als *das eigentlich radikale Böse* immer mehr und mehr wirken wird». Der Amerikanismus wolle die Welt «eigentlich zu einer möglichst mit Komfort ausgestatteten physischen Wohnung machen, in der man bequem und reich leben kann». So aber müsse «der Zusammenhang des Menschen mit der geistigen Welt ersterben». Und: «In diesen amerikanischen Kräften liegt das, was wesentlich die Erde zum Ende führen muss, liegt das Zerstörerische, was zuletzt die Erde zum Tode bringen muss, weil der Geist davon abgehalten werden soll.»

Diese Aussagen von Rudolf Steiner sind an Deutlichkeit nicht zu übertreffen. Kenner seines Werkes werden sie richtig einordnen können. Die Anderen seien zunächst einerseits darauf hingewiesen, dass er von «Amerikanismus», nicht von «Amerikanern» spricht, und andererseits auf die Schlussfolgerung in einem anderen Vortrag: «Der Mensch würde nicht so stark werden, wenn er nicht das Böse überwinden müsste.»<sup>6</sup>

### «Wenig geschickt» oder Kalkül?

*Apropos Amerika und richtig informiert:* In den letzten Wochen hat die US-Kommission, die George W. Bush zur Untersuchung der Vorgänge um den 11.9.2001 eingesetzt hat, plötzlich Furore gemacht. Seit Richard Clarke, Bushs früherer Koordinator für Terrorabwehr, der Bush-Administration bei einer öffentlichen Anhörung vorgeworfen hat, sie habe die Gefahr von Al-Kaida unterschätzt (vgl. auch Mai-Kolumne), waren weltweite Schlagzeilen gewiss. Diese wurden noch gesteigert durch die öffentliche Vernehmung von Condoleezza Rice, Beraterin des amerikanischen Präsidenten für Nationale Sicherheit. (In ein merkwürdiges Licht stellte

sich Bush, als er «Condi», wie sie in diesen Kreisen genannt wird, lobte: «Sie kann mir außenpolitische Angelegenheiten so erklären, dass ich sie auch verstehe»<sup>7</sup>.) Einen Höhepunkt erreichten diese Schlagzeilen, als «unter dem Druck der Öffentlichkeit» die Regierung ein Dokument herausgeben musste, über das beispielsweise *Der Spiegel* schrieb: «Brisantes Dokument: Bush war im August vor Quaida-Anschlag gewarnt»<sup>8</sup>. Bush konnte allerdings darauf hinweisen, dass das Dokument keine wirklich konkreten Hinweise enthält.

Das Merkwürdigste an dieser Sache ist allerdings, dass die Bush-Administration sowohl die öffentliche Vernehmung von Rice als auch die Veröffentlichung des Dokuments förmlich provoziert hat. Warum? Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb dazu: «Dass der Vernehmung von Rice überhaupt so viel Aufmerksamkeit geschenkt und Gewicht beigemessen wird, hat die amerikanische Regierung ihrem eigenen, wenig geschickten Verhalten gegenüber der Kommission zuzuschreiben. Wochenlang weigerte sich das Weiße Haus, eine öffentliche Vernehmung der Sicherheitsberaterin zuzulassen. Ein solches Vorhaben vertrage sich nicht mit dem Privileg des Präsidenten, unterstützt von seinen Beratern, die Regierungspolitik zu bestimmen»<sup>7</sup>. Das «brisante Dokument» wurde von C. Rice in der (übrigens weltweit im Fernsehen zu verfolgenden) öffentlichen Anhörung (der, wie aufmerksame Zuhörer feststellen konnten, eine nicht öffentliche vorausging!) erwähnt und als nicht wichtig eingestuft. Erst dadurch entstand der «Druck der Öffentlichkeit», das Papier zu veröffentlichen.

Die Frage ist nun: Ist die Bush-Administration einfach «wenig geschickt» und ein bisschen dummlich? Oder sprechen die dargelegten Fakten nicht eher dafür, dass ein raffiniertes Kalkül dahintersteckt? So wie auch der Washingtoner *Spiegel*-Korrespondent zur Anhörung von Rice feststellt, das sei weniger eine «Inquisition» als vielmehr «eine Schaubühne für die US-Regierung» gewesen<sup>9</sup>.

Die von Bush eingesetzte Untersuchungskommission zum 11.9.2001 wurde lange Zeit nicht so richtig ernstgenommen. Was wird die (mit fünf Republikanern und fünf Demokraten) nicht wirklich unabhängige Gruppierung schon aufdecken können? Deshalb wurde der Ruf, eine internationale, wirklich unabhängige Untersuchungskommission (analog dem berühmten Russell-Tribunal) zu inaugurierten, immer lauter (vgl. den Aufruf von Webster G. Tarpley im «Europäer» vom Mai). Wenn nun aber die Bush-Kommission auf einmal so brisante Dinge ans Tageslicht bringt wie besagtes Dokument, entsteht bei den meisten Zeitgenossen der Eindruck, diese Kommission leiste ja sehr gute Arbeit, da brauche

es gewiss kein anderes Gremium. Sollen auf diese Weise noch brisantere Dinge verheimlicht werden, z.B. dass nicht nur ein bisschen geschlampt wurde, sondern dass man sehr wohl noch einiges mehr gewusst hat, aber aus bestimmten Gründen absichtlich nicht rechtzeitig eingegriffen hat?

Dass solche Überlegungen nicht völlig abwegig sind, zeigen auch folgende Informationen: Einerseits lässt sich belegen, dass die Familie Bush noch viel mehr mit Saudiarabien verhandelt war, als bisher angenommen wurde<sup>10</sup>, andererseits finden an der University of California in Los Angeles Untersuchungen statt, bei denen erforscht wird, wie bestimmte Wahlspots auf das Gehirn von Menschen wirken, so dass gezielt manipuliert werden könnte<sup>10</sup>.

Wie dem auch sei, es lässt doch aufhorchen, wenn selbst die sonst nicht Bush-unfreundliche *FAZ* zum öffentlichen Auftritt der Sicherheitsberaterin Rice fragt: Ist der «nicht eine Konstante in der Dramaturgie der Desinformation, mit der Amerika den Irak-Krieg inszeniert?»<sup>11</sup>

Da kann es auch nicht mehr verwundern, wenn der Internationale Gerichtshof in Den Haag feststellt, die USA hätten mit Todesurteilen gegen Mexikaner in 51 Fällen «das Völkerrecht verletzt»<sup>12</sup>.

### Georgetown statt Madrid

*Werden wir richtig informiert?* Manchmal merken die Menschen instinktiv, dass sie von den Mächtigen an der Nase herumgeführt werden. So geschehen nach den Terroranschlägen von Madrid, als die «spanische Regierung offenbar systematisch versucht hat, die Berichterstattung über die Bombenserie zu manipulieren»<sup>13</sup>. Chefredaktoren mehrerer Zeitungen berichteten, «Premier José Maria Aznar habe sie (...) persönlich angerufen und ihnen nahegelegt, die Terrorgruppe Eta als mutmaßliche Täter zu nennen». Innenminister Angel Acebes und Außenministerin Ana Palacio beschuldigten die Eta noch der Täterschaft, «als die Spuren der Anschläge bereits auf die al-Qaida deuteten». Die Spanier ließen sich aber nicht dúpieren: Sie wählten überraschend die Opposition an die Regierung.

Den bisherigen spanischen Ministerpräsidenten Aznar muss das allerdings nicht mehr anfechten: Er wird Gastdozent an der Universität Georgetown (Washington D.C.), die ihn bereits im Januar «wegen seiner Verdienste um die spanisch-amerikanische Freundschaft» ausgezeichnet. Der 51-Jährige, der kein Englisch spricht, wird als außerordentlicher Professor auf Spanisch Seminare für zeitgenössische Politik und transatlantische Beziehungen leiten. An der von Jesuiten geführten Hoch-

schule hat nicht nur ein gewisser Bill Clinton (u.a. bei – wie er selber sagte – seinem geistigen Mentor Carroll Quigley) studiert, sondern auch der spanische Kronprinz Felipe seinen Abschluss im Studienfach «Internationale Beziehungen» gemacht<sup>14</sup>.

Vielleicht trifft Prof. Aznar auch die Tochter des deutschen Innenministers Otto Schily, die ebenfalls an der Georgetown studiert<sup>15</sup> oder den deutschen Außenminister Joschka Fischer<sup>16</sup> oder CDU-Chefin Angela Merkel<sup>17</sup>, die dort schon mal einen Vortrag halten.

Boris Bernstein

Boris Bernstein ist durch seine berufliche Tätigkeit seit Jahrzehnten mit der Problematik der Medien vertraut.

- 1 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 1.4.2004, 13:38
- 2 *Neue Zürcher Zeitung*, 2.4.2004
- 3 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 2.4.2004, 18:11
- 4 *Die Wochenzeitung*, Zürich, vom 8.4.2004
- 5 GA 181, Vortrag vom 30.7.1918 (*Hervorhebung: B.B.*)
- 6 GA 98, (S.258)
- 7 [www.faz.net](http://www.faz.net) 8.4.2004
- 8 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 11.4.2004, 12:48
- 9 [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) 9.4.2004, 12:36
- 10 *Sonntags-Zeitung*, Zürich, vom 25.4.2004
- 11 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 6.4.2004
- 12 *Süddeutsche Zeitung* vom 1.4.2004
- 13 *Süddeutsche Zeitung* vom 18.3.2004
- 14 AFP-Meldung vom 5.4.2004, AFP-Meldung vom 5.4.2004, DPA-Meldung vom 6.4.2004
- 15 AFP-Meldung vom 21.10.2002
- 16 AP-Meldung vom 17.9.2000
- 17 DPA-Meldung vom 25.2.2003

## Wiederholt sich die Geschichte?

### Gleichung in einem Bild

Recht seltsam, möglicherweise brüskierend mag es den meisten seiner Zuhörer vorgekommen sein, als Rudolf Steiner nach dem Ersten Weltkrieg unverhofft darauf zu sprechen kam, dass es für ein wirkliches Verständnis der sozialen Zusammenhänge wichtig sei, dass die (damals im Auditorium zumeist gut bestellten) «lieben Freunde» sich doch bitte einmal «tatsachenlogisch», «wirklichkeitslogisch» mit Begriffen wie Geld, Kapital und Grundrente auseinander setzen sollten<sup>1</sup>. In besseren Kreisen spricht man nach geläufiger Redeweise nicht über Geld, das «hat man». Und so mag der oder die Eine oder Andere sich wirklich gefragt haben, was den Geistesforscher wohl veranlasst haben mochte, die hohen Vortragsgefülle zu verlassen, um auf die Banalitäten des irdischen Gewühles hinzuweisen. Und das sogar mit Nachdruck: Es wäre «sehr wichtig», ja sogar «notwendig», sich mit solchen Dingen bewusst auseinander zu setzen.

Die deutsche Bevölkerung musste wenige Jahre später schmerzlich am eigenen Leibe erfahren, wie ihre Sicherheiten zusammenbrachen. Nach Ende des Weltkrieges diktierte der Versailler Vertrag den «Frieden». Als dessen unmittelbare Auswirkung grassierte vor 81 Jahren die deutsche Inflation. Löhne und Gehälter büßten ihre Kaufkraft vollkommen ein, Sparguthaben schmolzen weg wie Schnee an der Sonne. Heute lebt noch man-

cher, der über Hunger und grausames Elend berichten kann. Auch die anlaufende Dreigliederungsarbeit wurde ins Mark getroffen.



Wie kam es dazu? Das Reichsbankdirektorium hatte angesichts alliierter Bedrohungen in größter Notlage und Verwirrung die Notenpresse angeworfen. Demzufolge betrug Ende 1923 der Notenausstand 496,5 Trillionen Mark, der Staat stand vor dem Bankrott. Helfferrich führte als Rettung die sogenannte Rentenmark ein, deren Wert durch gewerbliche und industriell vorhandene Liegenschaften sowie die Roggenernte gedeckt wurde.

Mit dem Startschuss zum Terrorismuskrieg im September 2001 hat nun die USA ebenfalls die Notenpresse angeworfen. Inzwischen beträgt der Wertverlust des Dollars ca. 30%, und der Schuldenberg der USA nimmt mittlerweile wahrhaft gigantische Ausmaße an. Der im